

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

4.4.1924 (No. 81)

Expedition: Karlsruher-Str. 14
Verleger: Nr. 958 und 954
Postkonten Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Wund, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstags 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, z. B. wasser Zeitung und Kontenbuchführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. — Für Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Reichstagswahl — Wahlvorschläge

Die Kreiswahlvorschlage müssen spätestens am 17. April d. J. bei dem Kreiswahlleiter des 32. Wahlkreises Baden (Anschriфт Kreiswahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises Ministerium des Innern, Karlsruhe), die Reichswahlvorschlage spätestens am 20. April d. J. bei dem Reichswahlleiter in Berlin W. 10, Lupowufer 8 eingereicht sein.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber der Reihe nach mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Außerdem soll in den Wahlvorschlägen die Partei der Bewerber angegeben werden. Der Wahlvorschlag muß einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die bevollmächtigt sind, dem Kreiswahlleiter und dem Kreiswahlausschu des Wahlkreises, bei Reichswahlvorschlagen dem Reichswahlleiter und dem Reichswahlausschu Erklärungen abzugeben. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

Die Kreiswahlvorschlage müssen von mindestens 500 Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein. Anstelle von 500 Wählern genügen 20, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlages oder eines anderen sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbinden oder der sich dem gleichen Reichswahlvorschlag anschließen will. Bei den Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, kann unterstellt werden, daß ein von ihnen in einem Wahlkreis eingereicherter Wahlvorschlag die Unterzeichnung von 500 Wählern findet, weshalb bei ihnen die Unterzeichnung durch 20 Wähler genügt. Das gleiche gilt, wenn die Unterzeichner eines Kreiswahlvorschlages erklären, daß ihr Wahlvorschlag dem Reichswahlvorschlag einer bisher schon im Reichstag vertretenen Partei angeschloen wird.

Die Reichswahlvorschlage müssen von mindestens 20 Wählern beliebiger Wahlkreise unterzeichnet sein.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen auch Beruf, Stand, Wohnort und Wohnung beifügen. Ihre Unterschriften müssen leserlich sein.

Mit dem Wahlvorschlag sind einzureichen:

1. die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen;
2. die Bescheinigung der Gemeindebehore, daß die Bewerber am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Jahre Reichsangehörige und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind;
3. die Bescheinigung der Gemeindebehore, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Stimmliste oder Stimmliste eingetragen oder mit einem Stimmschein versehen worden sind.

Die Bescheinigungen sind gebührenfrei auszustellen.

Innerhalb des XVI. Wahlkreisverbandes Württemberg-Baden können mehrere Kreiswahlvorschlage verbunden werden. Die Verbindung ist nur dann wirksam, wenn diese Vorschläge demselben oder keinem Reichswahlvorschlag angeschloen werden.

Die Verbindung von Kreiswahlvorschlagen muß von den auf diesen Vorschlägen bezeichneten Vertrauensleuten oder ihren Stellvertretern übereinstimmend spätestens am 22. April d. J. bei dem Verbandswahlleiter für den XVI. Wahlkreisverband Württemberg-Baden (Oberregierungsrat Dr. Kiefer, Stellvertreter Regierungsrat Barth, beide im württembergischen Ministerium des Innern) schriftlich erklärt werden (Verbindungszerklarung).

Für einen Kreiswahlvorschlag kann der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter erklären, daß die Reststimmen des Kreiswahlvorschlages einem Reichswahlvorschlag zuzurechnen sind. (Anschluerklarung.) Die Anschluerklarung muß von dem Vertrauensmann des Kreiswahlvorschlages oder seinem Stellvertreter spätestens am 26. April d. J. bei dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises eingereicht sein. Wird eine Anschluerklarung nicht abgegeben, so werden die auf einem Kreiswahlvorschlag entfallenden Reststimmen bei der Reststimmenverwertung nicht berücksichtigt.

Die Fristen für Einreichung von Wahlvorschlägen, Verbindungs- und Anschluerklarungen sind Ausschlufristen. Wahlvorschläge oder Verbindungen, die zu spät eingereicht oder erklärt sind, können daher nicht zugelassen werden.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt und den Gemeinden zur Weitergabe an die Abstimmungsstellen übermittelt. Der Stimmzettel hat die Form des sogenannten Ein-

heitsstimmzettels, der alle zugelassenen Kreiswahlvorschlage unter Angabe der Partei und Hinzufügung der Namen je der ersten vier Bewerber enthält. Für die Reihenfolge der Kreiswahlvorschlage auf den Stimmzetteln ist die Reihenfolge maßgebend, in der die Kreiswahlvorschlage beim Kreiswahlleiter eingehen. Die Abstimmung erfolgt in der Weise, daß der Wähler auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise kennzeichnet, welchem Kreiswahlvorschlag er seine Stimme geben will.

Auslegung der Stimmlisten u. Stimmlisten

In der Zeit vom 6. April bis einschließlich 13. April 1924 findet die Auslegung der Stimmlisten und Stimmlisten durch die Gemeinden statt.

Wirtschaftliche Umschau

Der Bericht der Sachverständigen ist nun fertig und steht vor seiner Veröffentlichung. Er wird die Vorschläge enthalten, welche die internationalen Sachverstandigenkomitees der Reparationskommission machen, die sich zu entscheiden hat, ob die Reparationsfragen eine Regelung finden sollen, die endlich die Befriedigung Europas einleitet. Die Frage, die seit Wochen erörtert wird, ob Deutschland ein wirkliches und wirksames Moratorium erhält, oder ob es nach dem Wunsch Frankreichs und Belgiens geht, daß auch während der Schonzeit Deutschland weitere Sachleistungen und Befreiungskosten aufbringen soll, wird Beantwortung finden müssen. Weiter wird das Problem der deutschen Währung, der Goldemissionsbank zu lösen sein. Es wird sich, kurz gesagt, darum handeln, ob sich der gute Wille bei der Gesamtheit der Entente-Staaten findet, die nun 5 Jahre währenden Nachkriegskonflikte zum Abschluß zu bringen, den wirklichen Frieden herbeizuführen und an Stelle der dauernden Beunruhigung, unter der Europa nicht leben und nicht sterben kann, einen Zustand herbeizuführen, der es gestattet, endlich den Wiederaufbau des durch den Weltkrieg zerstörten zu beginnen.

Erst dann werden zum Gebäude der Reform der deutschen Finanzen, dessen endgültige Grundrisse aufgestellt und die Fundamente gelegt werden können, wenn wir einmal genau wissen, was man uns zumutet und des weiteren, daß es nicht mehr ist als wir tragen können.

Am Devisenmarkt wird die Lage wieder ernster. Seit Ende der Vorkriege haben wir dort Zuteilungen von meist nur 1 Prozent und es ist zwar technisch durchaus möglich, daß man zu Bruchteilen von Prozenten kommt, aber man wird sich dabei nicht verheen dürfen, daß hier ein außerordentlich ernstes Problem vorliegt. Dabei ist seit Montag auch die Mark im Ausland zurückgegangen. Die Hauptursachen sind: zu großer Inlandkonsum, deshalb zu großer Import, bei dauernd unbefriedigendem Export. Eine Ursache für die andauernde Devisenkrise ist auch die, daß die Kaufanmeldungen für Devisen weit größer sind, als der Bedarf und daß obendrein sicher ein erheblicher Teil der für Exportwaren eingehenden Devisen nicht auf den Markt kommt, sondern zurückgehalten, d. h. gehamstert wird. Man nimmt lieber Bankkredite und zahlt hohe Zinsen, als daß man die Devisen aus der Hand gibt. Den zweiten Komplex von Ursachen haben wir an dieser Stelle schon mehrfach besprochen; es ist das Leben über unsere Verhältnisse, das Unausgeglichenheit unserer Zahlungsbilanz, die zu ihrem statistisch erfassbaren Teil, in der Handelsbilanz noch weit davon entfernt ist, aktiv zu werden. Wo der Hebel zuerst angefaßt werden kann, wissen wir, in der Einschränkung aller entbehrlichen Ausgaben nach dem Ausland. Dort liegen allerdings auch erhebliche Schwierigkeiten: das Ausland hat die Möglichkeit Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, Deutschland ist durch die Aufzwingung der einseitigen Meistbegunstigung im Vertrag von Versailles ein großer Teil seiner Bewegungsfreiheit in seiner Außenpolitik genommen. Nach dem Plan des Reichskabinetts sollen übrigens mit Hilfe von hohen Ausreisegeldern — eine Forderung, die wir vor 8 Tagen an dieser Stelle erhoben — uberschlussige Reisen nach dem Ausland eingeschränkt werden.

Es ist notwendig, daß unser Wirtschaften mehr wird als ein Zehren vom Kapital. Die Golddiskontbank, die nun in der kommenden Woche ins Leben treten wird, wird nach der Ankündigung des Reichsbankpräsidenten ihre Kredite in erster Linie den Exportindustrien für Rohstoffe gewähren um zu verhindern, daß wir die ausländischen Kre-

dite konsumieren, statt sie zur Belebung und Förderung der Produktion unserer Wirtschaft zu verwenden. Wir müssen weiter wieder Kapital sammeln, das Sparen ermöglichen, dem vor allem die derzeitige Preisgestaltung, die Deutschland zu einem der teuersten Länder der Welt macht, entgegensteht. Ursache davon ist auch der vielfache Leerlauf in unserer Wirtschaft. Anlagen, die in der Inflationszeit geschaffen wurden, jezt stilliegen und nur in günstigsten Konjunkturzeiten voll ausgenutzt werden könnten, werden nicht abgeschrieben, sondern ihr Wert in die Warenpreise eininkalkuliert.

Leerläufe anderer Art gibt es in den verschiedensten Erwerbszweigen, wie beispielsweise im Zeitungsgewerbe, wo sich ein Mangel an Beschäftigung zurzeit nicht gerade feststellen läst. Es wurden in den letzten Wochen Zeitungen über Zeitungen gegründet und das ratlose Publikum wird mit Papier geradezu ubersuttet. Eine Produktion, die nicht dem Bedarf dient, ist Luxusproduktion und Leerlauf. Nun haben die Zeitungen, die von den Parteien anlässlich des Wahlkampfes herausgegeben werden, eine gewisse ideelle und auch wirtschaftliche Berechtigung, die aber da vollkommen fehlt, wo lediglich aus Konkurrenzgründen neue Blätter, ohne bestimmte Richtung und bestimmtes Programm gegründet werden, die größtenteils zum baldigen Wiedereingehen verurteilt sind, weil ein Bedürfnis für sie nicht besteht.

Handelsbilanz und Zahlungsbilanz werden häufig verwechselt. Während die erstere nur ein Teil der Zahlungsbilanz ist und die konkreten Ziffern der Ein- und Ausfuhr eines Landes bringt, ist es unmöglich, im einzelnen die Zahlungsbilanz z. B. eines Jahres zu ubersiehen, denn sie enthält abgesehen von der auf den Zollstellen usw. registrierbaren Handelsbilanz, eine Reihe Posten, die zum Teil vielleicht geschagt werden können, sich aber in ihrer Gesamtheit der öffentlichen Nachprüfung entziehen. Hierunter fallen u. a. die Summen, welche deutsche Schiffahrts- und Verkehrsunternehmen im Ausland verdienen, die Gewinne (Zinsen) deutschen Kapitals im Ausland, auch des geflüchteten (die Gegenseite bilden die deutschen Verluste, auch durch Spekulationen im Ausland und ausländische Kapitalgewinne in Deutschland), die Ausgaben deutscher Auslandsreisender (Gegenseite: Einnahmen aus Deutschlandreisen von Ausländern), in der Inflationszeit die Verluste der ausländischen Besitzer deutscher Papiermark, nach Deutschland fliehende Summen für Wohltätigkeitszwecke u. s. f. Wenn aus solchen Ziffern ein Aktivbetrag für Deutschland sich ergeben sollte, was jedoch zu bezweifeln ist, so wäre das unser „unsichtbarer Export“.

Dabei sagt die Überlegung, daß eine in ihrer Gesamtheit passive Zahlungsbilanz eine Verschleuderung des deutschen Volksvermögens bedeutet, aber zu irgend einem Zeitpunkt ihr Ende finden muß und schließlich ausgeglichen wird, dann nämlich, wenn nichts mehr von deutschem Kapital vorhanden ist, was ausgeführt werden kann. Daß wir uns einem solchen Zustand nähern, zeigt u. a. das andauernde Anwachsen der Auswanderungsziffern nach den ubersieichen Ländern (trotz der schlechten Aussichten) und das wirtschaftliche Elend breiterer Schichten. Ein Land nämlich, dessen Ernte und Naturschaze für das Bedürfnis des eigenen Volkes nicht ausreichen, wie das durch den Versailles Vertrag geplunderte Deutschland, muß dem sichtbaren Export an Waren und dem ev. unsichtbaren Export (im Ausland erzielte Gewinne usw.) schließlich noch einen weiteren Export zufügen, wenn es nicht verhungern will, es muß zu den Waren noch Menschen exportieren, weil sonst die Einkünfte nicht für Ernährung usw. der Bevölkerung zureichen.

An und für sich braucht eine passive Handelsbilanz kein schlechtes Zeichen sein. Aktive Handelsbilanzen hatten vor dem Kriege nur wenige europäische Länder, wie Rußland und Serbien, Länder des Exports von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, während die großen Glaubigerstaaten England, Frankreich und Deutschland stark passive Handelsbilanzen aufwiesen aber trotzdem stets reicher wurden. Anders aber liegt die Sache heute für uns in Deutschland. Nur geringe Möglichkeiten bieten sich für uns, den unsichtbaren Export zu heben (stehen doch auf der Passivseite der Zahlungsbilanz auch die ungeheuren Reparationssummen) und unendlich schwerer ist es auch, dort wo wir demgem anfangen müssen, in der Handelsbilanz, vorwärts zu kommen. Nicht nur, daß nach dem Kriegsausgang uberal Schranken dem deutschen Export errichtet wurden, der deutsche Kaufmann hat auch vielfach den Anschluß an den Weltmarkt verloren und ist u. a. infolge Kapitalmangels in seiner Konkurrenzfähig-

feit (Kreditgewährung an die ausländischen Käufer) beschränkt. Wir stehen zur Zeit vor Verhandlungen mit verschiedenen Ländern über neue Handels- und Zollverträge und sind schon deshalb auch in unserer Einfuhrpolitik stark gebunden.

Dass es hier jede und die letzte Möglichkeit auszunutzen gilt, auch mit Rücksicht auf die Erhaltung der Stabilität der Währung, die ja natürlicherweise stark von der Gestaltung der Zahlungsbilanz abhängt, daß wir uns alle diese Probleme immer wieder vor Augen stellen müssen, um den schweren Ernst der Lage zu begreifen und jeder Einzelne, soll das Ganze gerettet werden, bemüht sein muß, stets danach zu handeln, steht außer Frage. Nur Höchstleistung der Produktion, nur Arbeit bei größter Sparfameit wird uns retten können, dies muß immer wieder gesagt werden.

Politische Neuigkeiten

Die Vorschläge der Sachverständigen

Die Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse haben, wie die „Frfr. Ztg.“ aus Paris meldet, ihr Ende gefunden. Der Termin der Übergabe des Berichts an die Reparationskommission hängt nun nur noch von der Fertigstellung des Druks ab, die für Samstag erwartet wird. In diesem Falle findet die Überreichung am Sonntag vormittag statt. In unmittelbarem Anschluß daran sollen das Gutachten und die Vorschläge für die Veröffentlichung freigegeben werden. Es ist eine vollkommene Einigung über die bisher offen gebliebenen Fragen erfolgt. Insbesondere hat eine ganze Anzahl von Ziffern, die bisher noch nicht definitiv festgelegt worden waren, ihre endgültige Fixierung erfahren, so die Dauer des Moratoriums, die Höhe der von Deutschland während der Dauer des Moratoriums und in den ersten Jahren nach dessen Beendigung zu machenden Leistungen und Zahlungen, das Kapital und die Goldreserve der deutschen Emissionsbank, die finanzielle Organisation der Eisenbahnen, der Betrag der in Aussicht genommenen internationalen Anleihen und ihre Verteilung zwischen Deutschland und den Reparationsgläubigern, Vorschläge für die voraussichtliche Ertragslage der Verbrauchssteuern usw.

Für das Moratorium ist eine Frist von vier Jahren in Aussicht genommen. Von einem wirklichen Moratorium kann nur während des ersten Jahres gesprochen werden, in dem die Mittel zur Bestreitung der Sachleistungen sowie der Okkupationskosten Deutschland aus dem Ergebnis der internationalen Eisenbahnleihen zur Verfügung gestellt werden sollen. Im zweiten Jahre sollen diese Leistungen bereits zu einem Teil aus dem deutschen Budget finanziert werden. Am dritten und vierten Jahre sollen diese Leistungen durch die Eisenbahnen wie aus den Erträgen der Verbrauchssteuern kommen. Jedenfalls aber soll erst vom Jahre 1928 ab der Gesamtbeitrag der den Gläubigern Deutschlands zugesprochenen drei Kategorien von Einnahmequellen in die Reparationskasse fließen.

Poincaré zur Ruhrbesetzung

In der französischen Kammer erklärte Poincaré u. a.: Als Frankreich in das Ruhrgebiet eintrat, hatte die deutsche Regierung erklärt, daß das Reich während drei bis vier Jahren außerstande sei, die geringsten Leistungen vorzunehmen. Allmählich haben wir unsere Organisation ausgebaut und die Einkünfte im Dezember 1922 wurden bei weitem übertroffen. Die Jolleinnahmen wurden auf 200 Millionen Goldmark d. h. 300 Millionen Franken veranschlagt. Die Jolleinnahmen 1923 betragen nur 180 Millionen, dagegen wurden während des Februar-Monats 1924 138 Millionen eingenommen. Die Gesamtergebnisse waren am 31. Dezember 1923 die folgenden: Einnahmen 1643 Millionen, Ausgaben 557 Millionen, trotz eines einjährigen passiven Widerstandes. Die Gesamtergebnisse für den Februar-Monat sollen sich auf ungefähr 4 Milliarden belaufen. Unter Anrechnung der Ausgaben der belgischen Besatzungsarmee betragen die Gesamtausgaben nicht einmal eine Milliarde. Drei Milliarden sind daher für die Reparationen verfügbar. Das ist das Ergebnis der Ruhrbesetzung für die Verbündeten. Außerdem übersteigt die Kohlenausfuhr aus dem Ruhrgebiet im März das Programm der Ricum und alle gemachten Vorschläge. Poincaré fuhr fort: „Jetzt tritt man unserem Standpunkte bei. Die Reparationskommission wird namentlich die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands nach den von den Sachverständigen mitgeteilten Gesichtspunkten prüfen.“

Poincaré wiederholte seine Entschlossenheit, das Ruhrgebiet erst nach völliger Bezahlung der Reparationen zu räumen und die gegenwärtigen Zahlungsmodalitäten bzw. das Pfand nur gegen bessere, allgemeinere und wirksamere Mittel zu vertauschen. Wenn die Sachverständigen vorschlagen sollten, den Alliierten Pfänder, die über die Gesamtheit des deutschen Gebietes erteilt sind, zu überweisen und die totalen Pfänder ganz oder teilweise durch diese Pfänder allgemeinerer Natur zu ersetzen, so werden wir eine solche Anregung ohne Vorbehalten prüfen unter der Bedingung, daß wir bis zur völligen Bezahlung im Ruhrgebiet verbleiben, um die Zahlungen sicher zu stellen. Wie wir bereits in Brüssel erklärt haben, werden dort die bereits reduzierten Truppenbestände weiterhin nach Maßgabe der deutschen Zahlungen verringert werden.

Die Kammer hat mit 408 gegen 151 Stimmen eine Tagesordnung, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt, angenommen.

Zur Rede Poincarés schreibt der Pariser „Quotidien“, die Mehrheit der Kammer scheint nicht geneigt zu haben, daß Poincaré in bezug auf die Ruhrpolitik sich gewandelt habe. Unter dem Druck der Arbeiten der Sachverständigen sei er jetzt bereit, auf die industrielle Ausbeutung zu verzichten. Man könne also fragen, ob er in erster Stunde zur Klugheit zurückgekehrt sei. Das wäre zu viel verlangt, sagt das Blatt. Einstimmig ist die Kammer gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Ingenieure und Zollbeamten. Man wird sie also zurückziehen. Dagegen wird man aber die Soldaten dort lassen. Nach dieser Richtung scheint Poincarés Entschluß unerschütterlich zu sein. Die Lage hat sich also verschoben. Die Rolle der Armee war bis jetzt, die Ingenieure zu beschützen. Morgen werde ihre Rolle darin bestehen, daß sie den Frieden bedrohe. Das sei alles.

Außenpolitik und Wahlkampf

Der Reichskanzler äußerte sich gegenüber dem Berliner Vertreter des „Westfälischen Volksblattes“ in Paderborn zu einigen Fragen, die neuerdings im Wahlkampf eine Rolle spielen. Zwischen der Regierung und den Regierungsparteien einerseits und der Opposition andererseits besteht in Wirklichkeit gar keine Meinungsverschiedenheit über einen Zusammenhang zwischen den Wahlen und der Außenpolitik. Beide Teile bejahen auf das entschiedenste diesen Zusammenhang und gehen

nur schroff auseinander, wenn es sich um die Frage handelt, welcher Wahlschlüssel, auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten betrachtet, im Interesse des deutschen Volkes liegt. Wenn die Opposition sagt, die bisherige Politik mit ihrer schwächlichen Nachgiebigkeit war ein Fehlschlag, es müsse jetzt einmal mit anderen Methoden gearbeitet werden, so kann das nur bei denjenigen verstanden werden, die das verhängnisvolle Abkommen nicht zu wägen wissen. Es ist ja begreiflich, daß aus Unmut über die Drangsalierung des deutschen Volkes durch einen Teil unserer ehemaligen Kriegsgegner der Wunsch nach einer Politik der Auflehnung entspringt. Aber diese Politik des Irrealen, wie ich sie einmal nennen möchte, würde ins Verderben führen. In unserer Nachkriegszeit kam uns nur eine Politik der Geduld und des langsamen und mühsamen Durchkämpfens vorwärts bringen. Wir sollten die trüben Erfahrungen des Jahres 1923 nicht ungenutzt lassen. Da sagte das deutsche Volk einmal einmütig und geschlossen Nein, aber seiner heroischen Auflehnung gegen den Aufreißerbruch war trotzdem der Erfolg verfehlt, obwohl die Ententestaaten bei diesem Konflikt unter sich uneins waren. Äußerungen aus Kreisen der Rechtsopposition beweisen, daß sie selbst mit Bedrückungen als Antwort auf die von ihr empfohlene Politik rechnen. Sie verabschiedet als Trost die Versicherung, das würde nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Das deutsche Volk mag selbst urteilen, ob es denjenigen, die sich in so gewagten Kombinationen ergehen, das Heft in die Hand geben will, es mag auch darüber urteilen, ob die Argumentation viel für sich hat, daß eine sog. starke oder nationale Regierung und Regierungsmehrheit im Ausland imponieren und Frankreich nachsichtiger machen würde. National ist in Deutschland dasjenige, der eine gute Politik im Interesse des deutschen Volkes macht. Gute Politik kann nur machen, wer nicht vergißt, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist. Dem deutschen Volke kann ich nur immer die Mahnung zurufen: Wähle nicht durch Verführung der Extreme einen ationsunfähigen Reichstag, der deine Hoffnungen enttäuschen muß; laß dich nicht von der Modeströmung antreiben, indem du dich von parteimäßig verstandenen deutschvölkischen Schlagworten einfangen lässest.

Dr. Schacht über die Wirtschaftslage

Reichsbankpräsident Dr. Schacht bedauerte in einer Unterredung mit dem Chefredakteur der „Braunschweigerischen Staatszeitung“ lebhaft, daß die schwachen Wirtschaftsbedingungen von deutschen, politischen Kreisen, die gegen die Erfüllungspolitik sind, in demagogischer Weise in den Wahlkampf hineingezogen würden. Selbst vor persönlicher Verantwortung scheute man sich nicht. Man sollte von England lernen, das in der Außenpolitik geschlossen hinter seiner erlitten Arbeiterregierung stehe. Dr. Schacht hob dann die Sachlichkeit und Gründlichkeit der Pariser Sachverständigen hervor, da bei diesen die Tendenz vorherrsche, das ganze Reparationsproblem auf eine wirtschaftlich tragbare Basis zu stellen, um diese Fragen von der politischen Vergiftung, unter der sie bis jetzt gelanden hätten, zu befreien. Auch in weiten französischen Kreisen werde die Herbeiführung einer vernünftigen Lösung aufrecht gewünscht. Nach seiner Ansicht sei für Deutschland keine Lösung annehmbar, die nicht die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Verkehr und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Souveränität innerhalb des gesamten deutschen Reiches und völlige Befreiung der zu Unrecht besetzten deutschen Landesteile, das heißt des gesamten Ruhrgebiets, feststelle. Mit seiner letzten Reise sei seine persönliche Mitwirkung bei den Pariser Sachverständigenverhandlungen abgeschlossen.

Die Goldkreditbank werde in der nächsten Woche in Funktion treten können. Für die Aufrechterhaltung der Marktstabilität seien die Aussichten die denkbar günstigsten.

Eine Rede des Abg. Haas

Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Haas sprach in Dresden in einer Wahlversammlung für die demokratische Partei. Eindeutlich hob er die Notwendigkeit der Erhaltung der deutschen Einheit hervor und fernschickte alle unzulässlichen Pläne „nationaler“ Kreise als Verrat an der deutschen Nation. Die bayerischen Nationalsozialisten und Separatisten dürften durch das Münchener Urteil einmütig sein. Es sei verfehlt, das deutsche Volk in verschiedene scharf gespaltene Lager zu teilen. Daher dürfe man die allgemeine Parole „Gegen den Marxismus“ nicht unterstützen, im Gegenteil sei die Erhaltung einer regierungverantwortlichen Sozialdemokratie der Bildung einer in die unbedingte Opposition gedrangten Sozialdemokratie vorzuziehen. Es müsse immer wieder hervorgehoben werden, daß die Weimarer Verfassung unbedingt zu Recht bestehe, und daß, wer gegen die Verfassung verstoße, sich gegen deutsches Recht und damit gegen das deutsche Volk verstoße. Der Respekt vor einer festen Staatsautorität müsse heute wiederkehren. Das Reich müsse wieder souverän über den Ländern und über den wirtschaftlichen Verbänden aller Richtungen stehen. Zur Erhaltung der stabilen Währung sei eine rückwärtslose Steuerpolitik unumgänglich und ebenso weitgehende Erparnisse bei den öffentlichen Ausgaben.

Einschränkung des Reiseverkehrs nach dem Ausland

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstag mit einem Verordnungsentwurf des Reichsfinanzministeriums, wodurch der Reiseverkehr nach dem Ausland durch die Einführung hoher Gebühren erschwert werden soll. Das Reichsfinanzministerium hat bereits durch eine Rundverfügung sämtliche Finanzämter angewiesen, für Reisepässe nach dem Ausland vorerst keine Unbedenklichkeitsvermerke mehr zu erteilen, bis die geplante Neuregelung die Zustimmung des Kabinetts gefunden habe und in Kraft gesetzt werden kann. Nach dem Verordnungsentwurf des Finanzministeriums soll künftig für die Erteilung eines Unbedenklichkeitsvermerkes (d. h. einer finanzamtlichen Bescheinigung, daß der Auslandsbesitzer des betreffenden Pässinhabers keine steuerlichen Bedenken entgegenstellen) eine besondere Ausreisegeldgebühr erhoben werden, die für jede Person 500 Goldmark betragen soll. In der Verordnung ist eine Reihe von Vereinfachungsmöglichkeiten vorgesehen: Die Ausreisegeldgebühr braucht nicht entrichtet zu werden für die Ausreise von Kranken, die nach dem amtärztlichen Zeugnis eine Erholungsreise ins Ausland unternehmen müssen, ferner nicht für erholungsbedürftige Kinder unter 14 Jahren, für Auswanderer, für Handelsreisende unter bestimmten Voraussetzungen, für Beamte bei Dienstreisen ins Ausland und für Vertreter inländischer Zeitungen bei journalistischen Auslandsreisen. Nach dem Vorschlag des Finanzministers soll die Verordnung bereits mit Wirkung vom 2. April in Kraft treten. Für Unbedenklichkeitsvermerke, die vor diesem Termin kostenlos erteilt worden sind, soll der 8. April letzter Gültigkeitstermin sein; nach diesem Tage sollen auf Grund solcher Vermerke Ausreisen ins Ausland nicht mehr angetreten werden können.

Eine solche Regelung entspricht den auch von uns bereits mehrfach gemachten Vorschlägen und würde vor allen Dingen den Abfluß deutschen Geldes nach dem Ausland einschränken und so auch den Devisenmarkt entlasten. Ob allerdings die Summe von 500 Goldmark genügt, um gerade die Kreise, welche im Ausland durch ihre Verschwendungslust so übel auffallen und Deutschland dauernd schwer schädigen, von Auslandsreisen abzuhalten, ist die Frage.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 31. März wie in der Vorwoche auf das 1.07-Billionenfache der Vorkriegszeit. Auch für den Durchschnitt März berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1.07-Billionenfache gegenüber des 1.04-Billionenfachen im Durchschnitt des Monats Februar. Es ergibt sich eine Steigerung von 2,9 Prozent. Die Ernährungskosten allein betragen durchschnittlich im März das 1.20-Billionenfache der Vorkriegszeit.

Kraich in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung weigerte sich der ehemalige kommunistische Stadtrat Lett, trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden, den Saal zu verlassen. Beh und fünf kommunistische Stadtverordnete wurden schließlich durch die Polizei aus dem Saale entfernt. Die Sitzung mußte vorzeitig geschlossen werden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Karlsruhe, 3. April

Im weiteren Verlauf der

Vormittags-Sitzung

Begründete Abg. Amann (Ztr.) unter Hinweis auf den Eisenbahnerstreik einen Antrag seiner Fraktion, die Regierung zu ersuchen, sie möge bei der Reichsregierung darauf dringen, daß die unzureichenden Löhne der Reichsbahnarbeiter in Baden so schnell wie möglich erhöht werden, um so eine Einigung herbeizuführen.

Abg. Ritter (Komm.) bemerkt, die Hauptsache des Streiks sei die von der Reichsbahnverwaltung zugemutete verlängerte Arbeitszeit. Der Redner spricht davon, daß von den Franzosen ausgewiesene Eisenbahner als Streikbrecher benutzt worden seien, wobei er scharfe Ausdrücke gebraucht, die vom Präsidenten gerügt werden.

Abg. Birth (Soz.) sagt, es sei bedauerlich, daß der Staat nicht bahndurchend voranting in dem Kampf, den die Arbeiter im allgemeinen heute um ihre nackte Existenz führen. Er kritisiert lebhaft, daß die Reichsbahndirektion auf bereits abgebaute Beamte zurückgreift in dem Augenblick, da ihre Arbeitsgenossen berechtigte Forderungen stellen.

Staatspräsident Dr. Köhler erklärt, daß er dem Grundgedanken des Antrags vollständig zustimme und einen Beschluß des Landtages telegraphisch weiterleiten werde. Die Arbeiterschaft habe gleich den Beamten in den letzten Wochen große Opfer gebracht und verdiene auskömmliche Löhne. Auch dort sei volles Verständnis für die schwierige Lage des Reiches und Staates vorhanden gewesen. Es darf erwartet werden, daß ein Teil der Schwerindustrie, die derzeitigen schwierigen Wirtschaftsverhältnisse dazu benutzt, einen Kampf um die Rechte der Arbeiter zu entfachen. Einbringlich warnt der Staatspräsident die Eisenbahnarbeiter vor unüberlegten Schritten und davor, sich etwa ins Schlepptau der Kommunisten nehmen zu lassen.

Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Abg. Hertle (Landbund) begründet einen Dringlichkeitsantrag auf sofortige Behandlung des Antrags betr. Abbau der Ministerium usw. im Klemm.

Eine darüber entstehende Geschäftsordnungsdebatte führt zur Ablehnung der Dringlichkeit. Am 12 Uhr vertagt sich das Haus auf nachmittags 4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung

Nach geschäftlichen Mitteilungen des Präsidenten begründet Abg. Dr. Hanemann (Dtl.) einen Antrag, wonach das vom Ministerium des Innern unter dem 18. Sept. 1922 erlassene Verbot der deutsch-sozialistischen (nationalsoz.) Partei und des Verbandes nationalgestimmter Soldaten mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden soll.

In der Aussprache führt Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) aus, es sei lebhaft zu bedauern, daß eine Partei, die sich deutsch und national nenne, den Reichsradikalismus propagiere. Der Kapp-Putsch und die Aktion vom 9. November v. J. waren nicht deutsch, nicht national, nicht völkisch, sondern eine Schande. In diesem Treiben, das unser Volk zu zerzissen sucht, haben die übermühten ihre helle Freude. Wir haben jetzt im Reich 28 Parteien. Das ist die deutsche Einigkeit! Aber das Traurige in der deutschvölkischen Bewegung sieht der Redner in ihren kulturkämpferischen Tendenzen. Auf dem Boden der Verfassung stehend, lehne das Zentrum jede Gewaltanwendung von rechts oder links entschieden ab.

Innenminister Kemmerle stellt fest, daß der nationalsozialistische Partei gar nichts im Wege liege, Wahlpropaganda zu machen. Dieses Argument falle also. Dem Antrag liege nichts anderes zugrunde, als ein politisches Feuer für die Reichstagswahlen anzuzünden. Die augenblickliche Rechtslage gründe sich auf eine Verordnung vom 12. März d. J., die lautet: das Verbot der deutschvölkischen Kampfbewegung wird dahin eingeschränkt, daß militärische Kampfbewegungen jeder Art wie Hunderthausen, Sturmtruppen u. dgl. verboten bleiben. Verboden sind auch die proletarischen Hunderthausen. Das Verbot des Verbandes nationalgestimmter Soldaten zurückzunehmen, liegt gleichfalls kein Anlaß vor, da es sich um eine ausgesprochene militärische Kampfbewegung handelt. Es geht nicht an, Parteien gewähren zu lassen, die den gewalttätigen Umsturz erstreben und die bei jeder Gelegenheit Republik und Verfassung verächtlich zu machen suchen.

Abg. Bod (Komm.) vertritt die Auffassung, daß man wohl gegen links scharf vorzugehen wisse, nicht aber gegen rechts. Was die Männer um Hitler wollten, war jedermann klar. Nur die bayrischen Richter hätten es nicht begriffen, wie das Münchener Urteil beweise. Die Kommunisten seien gegen das Verbot, das praktisch gar nicht existiere.

Abg. Mayer (Dtl.) polemisiert oft von Zwischenrufen unterbrochen, gegen den Abg. Dr. Schöfer. Die Weimarer Verfassung könnte ihm und anderen nicht gefallen. Am sie zu ändern brauche man noch lange nicht den illegalen Weg zu beschreiten. Wer in seiner Anschauung recht behält, das wollen wir der Zukunft überlassen.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) findet die Begründung des Antrages sehr mager. Aus Programm der Schöfingler der Deutschnationalen sei weder christlich noch deutsch, wofür der Redner Äußerungen nationalsozialistischer Führer zitiert. Diese Bewegung sei keineswegs „harmlos“ wie man es auf der Gegenseite hinzustellen beliebt. Die polemischen Ausführungen des Redners sind gleichfalls von stieren Zwischenrufen und Geistesausbrüchen begleitet, so daß der Präsident im Interesse der Abklärung der Verhandlungen maßnehmend eingreifen mußte.

Abg. Weber-Baden (D. Vpl.): Die leidenschaftliche Bewegung in der deutschen Jugend ist angehts der fortgeschrittenen Klassen durch die Feinde Deutschlands begreiflich. Wir haben in der Tat auch keinen Anlaß immer nur Verschönerungen zu machen. Die extreme Jugend geht allerdings einen gefährlichen Weg. Eine Revision der Verfassung in diesem oder jenem Sinne zu erreichen ist im heutigen Staate auf realen

Weg durchhaus möglich. Die Regierung hat nur ihre Pflicht, wenn sie illegale Kampforganisationen, die sich gegen das Reich des Staates richten, verbietet. Unsere Haltung hängt davon ab, ob einer rechtsstehenden Organisation als Partei dieselbe Bewegungsfreiheit gewährt wird wie den Kommunisten.

Innenminister Memmelke legt nochmals seinen Standpunkt dar und sagt, die Dinge liegen bei der nationalsozialistischen Partei nicht so einfach. Ihm liegt ein Brief vor, der andeutet, daß das bayerische Beispiel in Baden nachgeahmt werden soll.

Abg. Dr. Führ (Ztr.) führt aus, die Absichten der Nationalsozialisten seien klar zu erkennen. Die „Katholischen Strolche“, wie man uns auf deutsch-böhmischer Seite bezeichnet hat, werden die Antwort nicht schuldig bleiben. Wir lassen uns die nationale Gefinnung nicht abtreiben. Von der Regierung erwarten wir, daß sie bei jedem Versuch mit illegalen Mitteln scharf zugreift.

Abg. Schneider-Mannheim (Ztr.) will die Freiheit für alle, die sich national nennen. Er vertritt die Ansicht, daß das Volk zum Haß gegen die Feinde erzogen werden müsse. (Lebhafte Äußerung, laut Aufsehen erregend; Esst dristlich!)

Abg. Kläiber (Landbund) bemerkt, daß er durch diese Debatte in seinem Glauben an das Volk und Können der politischen Parteien nicht bekräftigt werde. Das Volk brauche Führer.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Ztr.) bewundert die heiße Glut von Vaterlandsliebe in einem Teil unserer Jugend und bedauert nur, daß diese Glut zuweilen zur Explosion führt. Der Rorschach „Botensandster“ verfallt der Lächerlichkeit. Der Antrag sei eingebracht lediglich um der Gerechtigkeit willen. Einen Kulturkampf könne das deutsche Volk jetzt nicht brauchen.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) polemisiert gegen den Abg. Mayer, der bei einem Zwischenruf erregt aufspringt und sich erst beruhigt, als der Präsident wiederholt die große Glode schwingt und ihn zur Ordnung ruft. Abg. Dr. Schöfer bedauert lebhaft die Sprache des Haßes, die in diesem Haus geführt wurde. Ein Eintrag gegen den Nationalismus von rechts sei gerade so notwendig, wie gegen die Linkradikalen.

Abg. Weber (D. Vpt.) erklärt, daß er auf Grund der Versicherung des Ministers, daß die Nationalsozialisten als Partei Wahlrecht genießen, gegen den Antrag stimme.

Abg. Mayer-Heidelberg (Ztr.) widerspricht der Lehre vom nationalen Haß und erinnert daran, daß ein verbreiteter Machtwille seinerzeit die in der Debatte wiederholt angezogenen Friedensmöglichkeiten bereitete habe. Unter lebhaften Zurufen der Kommunisten verteidigt der Redner die Haltung der Sozialdemokraten bei Kriegsausbruch. — Nach kurzen persönlichen Bemerkungen der Abgg. D. Mayer-Karlsruhe (Ztr.), Ritter (Komm.), Mayer (Ztr.) und Dr. Schöfer (Ztr.), sowie dem Schlusswort des Antragstellers wird der deutschnationale Antrag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, des Landbundes und der Kommunisten abgelehnt. (Auf: keine Koalition! Abg. Vok: Das ist die Koalition der Zukunft! Große Heiterkeit.)

Um 1/2 8 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Freitag vormittag 9 Uhr Fortsetzung.

Karlsruhe, 4. April

In der heutigen Vormittagsitzung wurden die sozialen Anträge behandelt. Man beschäftigte sich zunächst mit der

Wohnungsfrage

schon aber davon ab, zu den Vorschlägen über die Ausgestaltung der Aufwertungssteuer Stellung zu nehmen, nachdem der Finanzminister die Vorlage eines Gesetzes über eine Gebäudesteuer auf Grund der 3. Steuernotverordnung angehängt hat. Es handelte sich also heute lediglich um die sozialen Anträge auf Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden, wozu für die Monate April, Mai und Juni 3 Millionen Goldmark bereit gestellt werden sollen. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses stellten sich im allgemeinen den Anträgen durchaus sympathisch gegenüber. Schwierigkeiten bereitete nach den Erklärungen des Finanzministers nur die Beschaffung des Geldes. Der Ausschuss gelangte schließlich mit 7 gegen 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Annahme eines Antrags, wonach die Regierung zur Gewährung von Hypothekenzuschüssen für den Kleinwohnungsbau Mittel bereit stellen möge. Eine feste Summe wird also nicht genannt, sie soll aber nach Maßgabe der Finanzlage so hoch wie nur möglich bemessen sein.

Abg. v. Au (Landbund) bedauert, zu der für unser ganzes Volk so wichtigen Frage der Bautätigkeit angesichts der Geschäftslage des Baues heute nicht eingehend sprechen zu können. Doch dürfte sich hierzu bei Beratung der Gebäudesteuer Gelegenheit geben.

Der Ausschussantrag wurde darauf ohne jede weitere Debatte bei 2 Stimmenthaltung (Landbund) angenommen.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) beantragte die Berücksichtigung über den ganzen Fragenkomplex oblag, äußerte sich dann über die Stellungnahme des Ausschusses zu dem sozialen Antrag auf Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung und beantragte Zustimmung.

Auf eine förmliche Anfrage wegen der Rentenberechnung erläuterte Oberbez. Rat v. Babs die derzeitigen Bestimmungen. Die Regierung sei bereit, Verbesserungsvorschläge weiterzuleiten. Sie werde sich für die Abfindung der Zwergrenten bis zu 20 Proz. einsetzen wie es bereits bei den Kriegsbeschädigtenrenten geschah, ebenso für die Erhöhung der durchaus ungenügenden Bezüge der Unfallverletzten.

Der Ausschussantrag wird einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Glöckner erstattete ferner Bericht über die Anträge des Zentrums, der Sozialdemokraten, Demokraten und Nationalsozialisten, die das Los der Kriegsbeschädigten und der Angehörigen gefallener Krieger verbessern wollen.

Im Ausschuss wurde mitgeteilt, daß die Aufhebung des Verordnungsamts Karlsruhe vorläufig zurückgestellt sei. Obige Anträge fanden ihren Niederschlag in einem gemeinsamen Antrag auf erhöhte Fürsorge durch Gewährung von Darlehen usw., Erhöhung der Renten und Erleichterung des Fortkommens der Kriegerverwunden, alles Forderungen, welche die Regierung nachdrücklich in Berlin vertreten soll.

Dieser Ausschussantrag wurde einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Glöckner berichtete schließlich über die Anträge zur Erwerbslosenfrage.

Im Ausschuss wurde regierungsfreudig zugegeben, daß die Unterstützungssätze um 25 Proz. erhöht werden müssen. Man war dieserhalb schon in Berlin vorstellig. Die Versicherung bei der Krankenunterstützung müßte auf der Grundlage des doppelten Erwerbslosenunterstützungsbetrages geschehen. Die höchste Erwerbslosenziffer hatten wir Ende November 1923 mit 128 200. Am 1. April waren es rund 30 000. Im Arbeitsmarkt ist eine Besserung eingetreten. In großen Notstandsgebieten sind 102 in kleinen 5000 Erwerbslose gegenwärtig beschäftigt, in Pflichtarbeit 7000. Von den zur Verfügung stehenden 3 Millionen werden 2 für Meliorationen und eine für Freigstellung von Bauten verwendet. Die Aufwendungen für die Erwerbslosen betragen im Nov. 821 000 M., im Dezember 1 733 000 M., im Januar 1 578 000 M. und im Februar 812 000 M. Die Erwerbslosenversicherung brachte ein im November 110 000 M., im Dezember 387 000 M., im Januar 550 000 M. Die Zuschüsse des Landes waren sehr erheblich. Der sozialdem. Antrag wurde im Ausschuss einstimmig ange-

nommen, soweit er sich auf die Erhöhung der Unterstützungssätze bezieht, bei drei Enthaltungen, soweit er eine Revision der Verordnung des Reichsarbeitsministerium über die Erwerbslosenfürsorge verlangt.

Abg. Ritter (Komm.) fordert auskömmliche Unterstützung der Arbeitslosen und tarifliche Entlohnung der Notstandsarbeiten. Der Redner sieht das Heil in einem Sowjetdeutschland und spricht von „demokratischer Schieberrepublik“ was vom Präsidenten scharf gerügt wurde.

Abg. Stöck (Ztr.) lenkte den Blick auf die große Not in den Kreisen der Erwerbslosen. Mit den gewährten Unterstützungen sei kaum zu leben und auch eine Prozentige Erhöhung der Sätze noch ungenügend. Die kommunistische Partei müsse die Erwerbslosigkeit agitatorisch aus (Widerspruch). Ein geordneter Wirtschaftsgang wäre ihr Todesurteil.

Der Redner wies dann auf verschiedene Mängel im Aufbau der Erwerbslosenversicherung hin. Insbesondere wünscht er eine Erweiterung der Versicherungspflicht und einheitliche Beitragsleistung im ganzen Reichsgebiet. Daß die Regierung für das Land einen Gefahrenverband gebildet hat und einen einheitlichen Beitrag, nämlich 3 Prozent vom Grundlohn erheben will, sei daher lebhaft zu begrüßen. Der Redner hob noch hervor, daß die Erwerbslosen eine große Gefahr für den Bestand der Krankenkassen bedeuten, und wandte sich dann der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu. Die Meliorationsarbeiten böten ein wertvolles Betätigungsfeld. Im einzelnen Falle sei allerdings zu prüfen, ob sich der Betreffende auch für die zugewiesene Arbeit eignet. Große Notstandsarbeiten würden erschwert durch den geringen Unterstützungssatz. Mit Zwangsarbeit werde nichts erreicht.

(Die Sitzung geht weiter.)

Eingaben und Anträge

Der Verband badischer Milchbedarfsgemeinden ist in einer Eingabe an den Landtag gegen die Aufhebung der Reichs- und Landesvorschriften über Milchverfälschung vorstellig geworden.

Die zurubegeleiteten 13 ältesten Zugmeister, welche das i. Zt. bestehende Eisenbahnenexamen abgelegt haben, bitten um Einfügung in Gruppe VI der Befolgsordnung.

Ein Initiativgesetzentwurf der Zentrumsfraktion will eine Änderung des Fleischsteuergesetzes dahingehend, daß für Gauschlachtungen von Schweinen eine Steuer nicht erhoben wird.

Ein Antrag der Abg. Fiegelmaier (Ztr.) und Genossen betrifft die Änderung der Pachtverordnung, ein solcher der Abg. Fischer-Heidelberg (Landbund) und Genossen hat die Jagdpachtverträge zum Gegenstand.

Handwerk und Handel

Musterausstellung des Badischen Handwerks

Von Fr. Herzig

Am 2. April wurde in der Stadt-Ausstellungshalle eine Ausstellung eröffnet, die einen großzügigen Charakter trägt und von jedem Besucher mit Interesse beäugt wird, weil man in dieser Ausstellung eine ganz neue Entwicklungsrichtung des Handwerks kennen lernt, die von den üblichen Vorstellungen über Handwerk und Handwerker merklich abweicht.

Erregt schon die Zusammenstellung „Handwerk und Handel“ besondere Aufmerksamkeit, so ist vor allem interessant, in welcher Weise diese Kombination in den Eröffnungsreden begründet wird.

Während Stadtrat Groß, der Vorsitzende des Badischen Handwerks, die Selbsthilfe und den dadurch bedingten Ausbau der Organisation im Handwerk unterstreicht, während Malermeister F. S. m. a. n. der Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe, besonders auf die notwendige wirtschaftliche Zentralisation des Handwerks hinweist, kennzeichnet Oberregierungsrat Bucorius die der Ausstellung zugrunde liegende Hauptidee folgendermaßen:

„Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Produktion führt in dem Stadium, in dem sich gegenwärtig die Betriebswirtschaft im Handwerk befindet, notwendiger zur Vermehrung der Produktion und diese wieder bedingt Erschließung neuer Absatzquellen.“

Greift man die drei Begründungen als gemeinsam sich auswirkend zusammen, so wird man leicht zu der Meinung kommen, daß die technische Seite — eben die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Produktion — vielleicht der ausschlaggebende Faktor war.

So findet man in der Ausstellung — ganz abgesehen von den Darbietungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk, daß die technische Note, der Nachweis der rationalen Betriebsführung erbracht werden soll.

Um das große Tafel- und Kartenmaterial, das vom Forschungsinstitut, von Innungen, Fachverbänden und wirtschaftlichen Organisationen ausgestellt ist, auch nur flüchtig zu besprechen, ist an dieser Stelle der Raum zu klein, aber die in die Praxis überfeste Theorie finden wir in den anstehenden Räumen. Es seien einige Beispiele herausgenommen, die drei technische Hauptgebiete berühren: Abfallverwertung, Energiewirtschaft und Wärmewirtschaft.

In einem großen sinnreich bemalten Raum wird die Verwertung der Abfälle im Fleischerhandwerk gezeigt; die Verwertung des Fetts, die Herstellung von Margarine, die Zubereitung der Haut, die Verwendung der Schweinsborsten zu Pinseln und die der Hörner und Klauen zu Knäpfen, Nämnen, Spannen usw. Da ist Alles, was man auch auf Tafeln im Ausstellungssaal des Forschungsinstituts sieht. Bedauerlich ist nur, daß die Schneider, deren Abfallverwertung in Baden ebenfalls durchgeführt ist, nicht auch Gelegenheit nehmen, ihre Fortschritte zu zeigen.

Ein anderer Raum zeigt die vollständig eingerichtete Anlage einer Holzbearbeitungswerkstätte, deren interessantester Bestandteil ein Milliwattmeter ist. Dieses Instrument zeichnet selbstständig den Stromverbrauch des Leerlaufs der Maschine und den Verbrauch der belasteten Maschine auf einem fortlaufenden Papierstreifen auf, so daß man an diesen Aufzeichnungen den Wirkungsgrad der aufgestellten Maschinen direkt sehen kann.

An einer anderen Stelle findet man Öfen und andere Heizkörper, die in neuartiger Weise die Ausnutzung des Brennstoffes erhöhen. Bevorzugen ist wohl da eine Konstruktion, die den Abbrand der Kohle nach unten — also nicht in der jetzt üblichen Weise — bewirkt und ein vom Forschungsinstitut gebauter Grubeherd, der eine Umarmelung aus Isoliermaterial trägt, wodurch eine nicht unbedeutende Erhöhung der Innentemperatur der Grube gewährleistet ist.

Diese Beispiele, — man könnte noch eine ganze Reihe anderer aufzählen — zeigen gewissermaßen, woher der Wind weht, zeigen, mit welchen Ideen sich der moderne Handwerker abgibt, und verdeutlichen, daß der Handwerker nicht nur mit allgemeinen Redensarten operiert, sondern ernstlich bemüht ist, sich durch zähes Selbststudium an das fraglos schwierige Gebiet der rationalen Betriebsführung heranzupirieren.

Jeder Handwerker wird in dieser Ausstellung sein technisches Wissen bereichern können und jeder Laie wird die Augen öffnen über das ganz moderne Handwerk, das nur eines aus Urgrüppentagen Zeiten beibehalten hat: „Wir wollen Qualitätsarbeit schaffen!“

Zum Personalabbau der Reichsbahndirektion

Zwei Karlsruher Zeitungen brachten dieser Tage zu dem Personalabbau bei der Reichsbahndirektion eine Mitteilung nach der ein bei der Reichsbahndirektion in maßgebender Stellung tätiger Beamter wegen Überschreitung der Altersgrenze zurubegeseht worden war, nun aber — wenn auch in etwas anders aufgemachter Tätigkeit — im Dienst verbleiben sollte; man spreche davon, daß sich hierbei politische Einflüsse geltend gemacht haben. Die Zeitungsnotiz gibt der Reichsbahndirektion Karlsruhe zu der nachfolgenden Berichtigung Anlaß:

Der in der genannten Mitteilung gemeinte Beamte „Jolte“ nicht nur, sondern er ist tatsächlich seit dem 1. April 1924 auf Grund der Personalabbauverordnung in den einstweiligen Ruhestand versetzt und damit aus seiner bisherigen Stellung ausgeschieden.

Dieser Beamte hat aber schon seit dem Übergang der ehemals badischen Staatseisenbahnen an das Reich im Namenamt auf Grund des Staatsvertrags über die Reichseisenbahnen (Reichsgesetz vom 30. April 1920) die Restabwicklung von Landesgeschäften (§ 27 des Vertrags) besorgt. Nach § 27 1 des genannten Vertrags ist er auf Antrag des Landes in dieser Tätigkeit so lange zu belassen, bis diese Abwicklungsgeschäfte — die er nun auch im Wartegeldzustande weiter versieht — erledigt sind. Diesem Antrag hat der Herr Reichsverkehrsminister entsprochen. Neben dieser Tätigkeit hat sich der betreffende Beamte in uneigennütziger Weise bereit erklärt, ebenfalls mit Zustimmung des Herrn Reichsverkehrsministers auch noch einige andere, von ihm bisher ausschließlich bearbeitete Geschäfte mit zu versehen, wozu er an sich nicht verpflichtet wäre und die sonst von den im Dienste gebliebenen Beamten mitbesorgt werden müßten. Sobald die Abwicklungsgeschäfte erledigt sein werden, wird der Beamte auch aus dieser Tätigkeit endgültig ausscheiden. Das Vorhandensein von in dem Artikel vermuteten „politischen Gründen“ dürfte damit hinreichend widerlegt sein.

Der Eisenbahnerstreik

ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, weiter abgeklaut, trotzdem die Belästigungen Arbeitswilliger zugenommen haben. Eine Versammlung Streikender in Mannheim hat gestern vormittag die Fortsetzung des Streikes beschlossen. Es wurde weiter der Beschluß gefaßt, Arbeitswillige mit allen Mitteln von der Arbeit fern zu halten, und an Häusern, in denen Arbeitswillige wohnen, rote Plakate mit der Aufschrift: „Hier wohnt ein Streikbrecher“ anzubringen.

Der Betrieb ist nach wie vor uneingeschränkt aufrecht erhalten.

Bei den Lohnverhandlungen in Berlin über die Entlohnung der Eisenbahner ist im allgemeinen Einverständnis erzielt. Die Stundenlöhne werden um 6 Pfennig, bei Arbeitern, die den Dienstvorschriften unterliegen, um 7 Pfennig erhöht. Auch wegen Verzögerung der Überzeitarbeit ist grundsätzliche Vereinbarung getroffen.

Kommunale Rundschau

Der Badische Städteverband hat an das Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, worin die schleunigste Erlassung der landesrechtlichen Bestimmungen über die nach der Dritten Steuernotverordnung zur Erhebung gelangende Aufwertungssteuer von dem bebauten Grundbesitz beantragt wird. Nachdem den Gemeinden neue Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, übertragen sind, ist es unbedingt geboten, daß die Aufwertungssteuer durch welche die hierfür erforderlichen Mittel aufgebracht werden sollen, baldigst zu fließen beginnt. Auch für die Förderung des Wohnungsbauens muß, nachdem die Wohnungsaufgabe am 1. April wegfällt, ein Teil der Aufwertungssteuer baldigst zur Verfügung stehen, damit der Beginn des Baujahres nicht veräußert wird. Für den Fall, daß die baldige Erlassung der Bestimmungen nicht möglich sein sollte, ist die Zuweisung von Zuschüssen beantragt.

Bürgermeisterwahl. Für die am 13. April in St. Blasien stattfindende Bürgermeisterwahl sind 2 Bewerber in Vorschlag gebracht, und zwar Dr. Schulzweil-Karlsruhe und Dr. Schulzmann-Konstanz.

Zur Milchverfälschung in Mannheim. Das Mannheimer Städtische Nachrichtenamt teilt mit: Nachdem sich Störungen in der Verfertigung der Milchbezugsberechtigten durch die Lockerung der örtlichen Verteilungsvorschriften nicht ergeben haben und die Milchbezüge nach wie vor befriedigend sind, wird von der beabsichtigten Durchführung des Bestellverfahrens abgesehen und der Bezug der Milch auch durch die Milchverfälschungsberechtigten vollständig freigegeben. Das bedeutet das Ende der Milchkarte und die freie Wahl des Milchverkäufers durch die Verbraucher. Das Büro der Milchzentrale im alten Krankenhaus, 11, ist deshalb geschlossen.

Die Mannheimer Indeziffer für den 31. März beträgt 1153,9 Milliarden. Da am 24. März die Indeziffer 1150,4 Milliarden betrug, ist vom 24. bis 31. März eine Steigerung um 0,3 Proz. eingetreten.

Aus der Landeshauptstadt

Abchiedsfeier. Am Samstag, den 29. März, verabschiedete sich Präsident Welland vom Personal der Oberpostdirektion und von den Vertretern der verschiedenen Berufsorganisationen. Von dem Sprecher der Organisationen wurde besonders das gute Einverständnis zwischen ihm und dem Personal betont. Am Abend versammelte sich das gesamte Personal im Saale III der Brauerei Grempp zu einer Abschiedsfeier für den Präsidenten, den Ober- und Geheimen Postrat Fuchs und die übrigen abgehenden Beamten der Oberpostdirektion. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Eingeleitet wurde der Abend durch eine wirkungsvolle Begrüßungsprache des Postinspektors Mach. In bunter Reihenfolge wechselten Solovorträge, gemeinsamer Gesang, ernste und heitere Ansprachen. In längeren Ausführungen feierte der neue Präsident, Oberpostrat Lämmlein, die Verdienste des scheidenden Präsidenten und der übrigen Beamten; in warmen zu Herzen gehenden Worten sollte auch Oberpostinspektor Hoffmeier dem Wirken des Präsidenten, seiner unbedingten Sachlichkeit und seiner Herzengüte, der vorbildlichen, stillen aber unermüdbaren Tätigkeit des Geh. Postrat Fuchs sowie dem Pflichterfüller der übrigen Beamten Anerkennung. Wie wir

